

Rede von Hans-Gert Pöttering, MdEP
Präsident des Europäischen Parlaments a.D

"Die europäische Perspektive: Werte, Politik, Wirtschaft"

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

lassen Sie mich Ihnen zunächst danken, dass Sie mich eingeladen haben, um mit Ihnen über die Perspektive Europas zu sprechen – über Europa als Werte-, Politik- und Wirtschaftsgemeinschaft.

Gerade die heutige Zeit ist aus meiner Sicht besonders passend, um über das Thema der Perspektiven für die Europäische Union zu sprechen und über die Chancen und Risiken auf dem Weg zum einem gemeinsamen Europa von morgen zu reflektieren.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise vertieft sich: immer mehr Menschen sind arbeitslos und mehr Unternehmen gelangen in große Schwierigkeiten. In diesem Kontext ist auch die Versuchung mancher Staaten nach mehr Protektionismus und wirtschaftlichen Nationalismus zu sehen.

Der Europäische Rat von 19. März 2008 unter dem Vorsitz des tschechischen Ministerpräsidenten Mirek Topolánek hatte zum Ziel, abgestimmte europäische Lösungen auf eine ganz Europa umfassende Krise auszuarbeiten, die Prinzipien des Binnenmarktes zu schützen und ihre Bedeutung als Antriebskraft für die Europäische Union zu unterstreichen.

Ich werde im Laufe meines Vortrags noch auf die Finanz- und Wirtschaftskrise zurückkommen. Doch schon an dieser Stelle möchte ich betonen, wie sehr die Ankündigungen mancher Regierungen, mit protektionistischen Maßnahmen ihre nationalen Wirtschaftsektoren schützen zu wollen, besorgniserregend sind. In unserem gemeinsamen Binnenmarkt ist unsere Wirtschaft dafür zu eng verflochten.

Dies habe ich auch zuletzt beim Europäischen Rat unterstrichen. Als Präsident des Europäischen Parlamentes habe ich an der Sitzung teilgenommen und bin im Rahmen meines Beitrags dafür eingetreten, dass wir in der Bewältigung der stärksten Krise seit Jahrzehnten einig bleiben. Nur abgestimmte europäische Lösungen sind dazu geeignet, die Auswirkungen der Krise in Europa einzudämmen. Es gilt die Prinzipien des Binnenmarktes zu schützen und ihre Bedeutung als Antriebskraft für die Europäische Union zu erkennen. Protektionismus ist eine große Gefahr für den europäischen Binnenmarkt und für das Wirtschaftswachstum auf unserem Kontinent.

Wir müssen alles daran setzen, Wettbewerbsverzerrungen im Binnenmarkt zu verhindern, den schädlichen Subventionswettbewerb zu begrenzen und sicherzustellen, dass kurzfristige Maßnahmen mit den langfristigen Anpassungsbedürfnissen übereinstimmen. Daher bin ich sehr erfreut, dass wir den protektionistischen Bestrebungen wirksam entgegengetreten sind.

Wir müssen uns klar vor Augen führen: Deutschland als Exportnation profitiert am meisten vom europäischen Binnenmarkt. Protektionismus in Europa würde bedeuten, dass wir uns in Deutschland unseres wirtschaftlichen Fundaments berauben würden. Daher ist die Beibehaltung des europäischen Binnenmarktes nicht nur im Interesse des europäischen Gedankens sondern auch ein deutsches Interesse.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wie die Europäische Union und die Mitgliedstaaten auf die schlimmste Krise der Nachkriegszeit reagieren wird, stand auch im Zentrum der Debatte vor den Wahlen zum Europäischen Parlament. Das für unsere Parteienfamilie europaweit überaus erfreuliche Ergebnis zeigt, dass die Bürger sich in diesen Zeiten nicht mehr von inhaltsleeren Versprechungen verführen lassen. Eine klare Mehrheit hat sich für konkrete Kompetenz in Wirtschaftsfragen und ein klares Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft entschieden.

Die Themen im Wahlkampf haben aber auch eines verdeutlicht: Dreißig Jahre nach der ersten Direktwahl im Jahr 1979, dem Jahr in dem ich selbst zum ersten Mal als Abgeordneter in das Europäische Parlament gewählt wurde, stehen wir heute vor einer vollkommen veränderten Situation.

Wir leben in einer Europäischen Union der 27 Mitgliedstaaten mit knapp 500 Millionen Menschen und nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und des Zusammenbruchs der kommunistischen Regime, in einem wiedervereinten Europa und einem wiedervereinten Deutschland.

Im Mittelpunkt stehen heute die neuen, anderen und gewaltigen Herausforderungen der Globalisierung: Neben der Wirtschafts- und Finanzkrise sind dies unter anderem der Klimawandel oder die Bedrohung der Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger durch internationale Kriminalität und Terrorismus.

Wenn wir aber die Europäische Union im medialen und zu oft auch nationalen politischen Diskurs betrachten, dann wird Europa, die Europäische Union und - auch allgemein als Chiffre genannt - „Brüssel“ aus den Merkwürdigkeiten des Tages gesehen.

Die Kritik an der angeblich überbordenden Bürokratie überwiegt, die eigentliche historische Perspektive geht verloren. Für die europapolitische Debatte jetzt und in der Zukunft müssen wir aber diese historische Perspektive im Blick behalten. Nehmen wir einfach das Jahr 1979 zum Ausgangspunkt, blicken wir auf das Europa des Jahres 1979, wie sah unser damals nicht so gemeinsames Europa aus?

Deutschland war geteilt, Europa war geteilt. Erst zum 3. Oktober 1990 wurde Deutschland geeint und am 1. Mai 2004 wurden drei Nationen, die von der Sowjetunion regiert, ja okkupiert waren - Estland, Lettland und Litauen - Mitglied der Wertegemeinschaft der Europäischen Union. Die Staaten des Warschauer Pakts, Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei, Ungarn sowie Slowenien als Teil des früheren kommunistischen Jugoslawien, wurden Mitglied dieser Wertegemeinschaft der Europäischen Union.

Wenn jemand 1979 dieses vorausgesagt hätte, wäre meine Antwort gewesen, das ist ein Traum, eine Hoffnung, dass dieses einmal geschehen möge. Und heute können wir mit Freude und Dankbarkeit feststellen: Es ist geschehen. Und wir müssen die Frage stellen: Warum ist es geschehen?

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass die europäische Einigung ein Werk des Friedens ist und als solches auch in Zukunft ihre tiefste Begründung findet. Über fünf Jahrzehnte haben wir die schrittweise Aussöhnung verfeindeter Völker und Staaten in Europa erlebt.

Was mit der deutsch-französischen Versöhnung begann, fand seine logische Fortführung in der Vereinigung der beiden zu lange und brutal geteilten Hälften Deutschlands und Europas.

Durch den menschenverachtenden Kommunismus waren die Menschen in Mittel- und Osteuropa lange gegen ihren Willen von dem sich in Freiheit vereinigenden Westeuropa abgeschnitten. Heute gehören viele dieser Länder zu unserer Wertegemeinschaft der Europäischen Union. Die Grenzen sind durch Freiheit überwunden. Wir sollten uns von Herzen darüber freuen.

Heute sind die Menschen in Europa, auf unserem Kontinent und in unserer Europäischen Union durch diese gleichen und gemeinsamen Werte verbunden.

Die Würde des Menschen, jedes Einzelnen – hier liegt für mich persönlich der Kern unseres politischen Werteverständnisses. Wir machen keine Politik für irgendwelche Programme oder um uns in irgendeinem Gremium zu beweisen.

Und wir haben mit der Gründung der Europäischen Union die allerwichtigste Lehre aus der Geschichte Europas gezogen: Die Achtung der Würde jedes einzelnen Menschen, die Bewahrung der erworbenen Freiheit, des Friedens und der Demokratie, die Geltung des Rechts sind für uns auch heute Antriebskraft der europäischen Einigung.

Freiheit kann nicht ohne den Respekt vor den Rechten des anderen entstehen, Frieden nicht ohne fairen Ausgleich untereinander. Freiheit, Frieden, Recht und soziales Wohlergehen sind nur miteinander, nicht gegeneinander, möglich.

Das haben die Gründerväter verstanden: Sie haben Europa als Rechtsgemeinschaft begründet. In der Europäischen Union hat nicht die Macht das Recht, sondern das Recht die Macht. Das ist das eigentlich moderne und zukunftsorientierte an unserer europäischen Wertegemeinschaft. Nur das Recht sichert uns allen den Frieden!

Unserem Handeln liegt die Überzeugung zugrunde, dass jeder Mensch mit einer unverletzlichen Würde ausgestattet ist. Der Mensch ist ein Wert an sich, ohne weitere Begründung und ohne Rücksicht auf seine physische, intellektuelle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit.

Wir im Europäischen Parlament und in der Europäischen Union machen heute Politik, die dem Menschen dient: Der Mensch ist Ausgangspunkt unserer gesamten politischen Tätigkeit.

Die Europäische Union ist in allererster Linie dann eine glaubwürdige Wertegemeinschaft, wenn die Würde des einzelnen Menschen Maßstab für jede unserer Initiativen und Beschlüsse ist.

Auf dieser Grundlage hat sich das Europäische Parlament seit langem dafür eingesetzt, einen eigenen Wertekanon als Fundament für die europäische Einigung aufzustellen.

Und mit der Grundrechtscharta werden wir diesem Ziel einen großen Schritt näher kommen, denn in dieser Charta sind unter anderem die Würde des Menschen und das Recht auf Unversehrtheit verankert. Das umfasst sowohl den Respekt gegenüber der individuellen Person als auch die Verantwortung gegenüber der Gesellschaft.

In der Europäischen Union, meine sehr geehrten Damen und Herren, geht es nicht nur um ökonomische Kalkulationen von Kosten und Nutzen. Dies alles ist wichtig und wird auch weiterhin unser Leben in der Europäischen Union beeinflussen. Wir sind aber zuerst eine Wertegemeinschaft, wir leben täglich Solidarität, Freiheit und Gleichberechtigung.

Diese gemeinsamen Werte, deren Kern der im Artikel 1 der Grundrechtscharta verankerte Respekt der unantastbaren Menschenwürde bildet, sind das Fundament der europäischen Einigung.

Auch der Vertrag von Lissabon, auf dessen Inkrafttreten zum Ende dieses Jahres ich und das Europäische Parlament hoffen, heißt es dazu: „Die Union erkennt die Rechte, Freiheiten und Grundsätze an, die in der Charta der Grundrechte vom 7. Dezember 2000 niedergelegt sind; die Charta der Grundrechte hat dieselbe Rechtsverbindlichkeit wie die Verträge“.

Für die europäische Politik wird dieser Satz weitreichende Konsequenzen haben, insbesondere für die Menschenrechtspolitik.

Ohne dieses klare Wertefundament, auf das wir uns immer wieder besinnen müssen, hat die Europäische Union keine Zukunft. Wir wären auch nicht berechtigt, in der Welt die Menschenrechte einzuklagen, wenn wir daran scheitern würden, unsere Werte selbst als geltendes Recht in der Europäischen Union anzuerkennen.

Und wir werden uns von Niemandem – ob in der Europäischen Union oder außerhalb der Europäischen Union – bei der entschlossenen Verteidigung der Menschenrechte einschränken lassen. Eine konsequente europäische Außenpolitik muss die Menschenrechte der bedrängten Christen im Sudan, der religiösen Minderheiten in China oder der Menschen in Gaza ebenso verteidigen wie die durch den Terrorismus herausgeforderte internationale Gemeinschaft, sei es auf dem amerikanischen oder auf dem europäischen Kontinent oder wo auch immer in der Welt.

Die Würde eines Palästinensers ist die gleiche wie die eines Israelis, die Menschen in China oder Burma haben Anspruch auf ihre Menschenrechte, die inhaftierten Führer religiöser Minderheiten Häftlinge in Iran Anspruch auf ein rechtstaatliches Gerichtsverfahren.

Wir sind nur glaubwürdig, wenn wir uns ohne Opportunismus und Parteilichkeit, so gut es geht, gerecht und fair für die Menschenrechte überall in der Welt einsetzen.

Um dieses Engagement zu unterstreichen, verleiht das Europäische Parlament seit 1988 den Sacharow-Preis für geistige Freiheit, der in den letzten Jahren unter anderem an die internationale Organisation „Reporter ohne Grenzen“, die kubanische Bürgerrechtsorganisation „Frauen in Weiß“, den Führer der Opposition in Weißrussland, Alaksandar Milinkievič, sowie an den sudanesischen Menschenrechtsanwalt Salih Mahmoud Osman verliehen wurde. Und erst zum Ende des vorigen Jahres haben wir den Preis 2008 an den chinesischen Dissidenten Hu Jia verliehen.

Wir dürfen niemals darin nachlassen, uns für die Würde des Menschen in allen seinen Lebensphasen und unter allen politischen Systemen auf dieser Welt einzusetzen. Dies ist der wichtigste politische Beitrag, den wir zur Glaubwürdigkeit Europas in einer Welt leisten können, die von uns einen moralischen Kompass erhofft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

gleichzeitig dürfen wir niemals das Ziel des gemeinschaftlichen Europas aus dem Blick verlieren. Auch ein halbes Jahrhundert nach der Begründung des gemeinsamen Europa und gerade angesichts der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise müssen wir an einem Ziel festhalten: Der Förderung eines starken gemeinschaftlichen Europa mit starken europäischen Institutionen.

Wir haben heute eine funktionierende und erfolgreiche, eine stabile und nachhaltige Ordnung in der Europäischen Union geschaffen. Wir werden und müssen diesen Prozess mit dem Vertrag von Lissabon weiterführen.

Wir müssen zusammenarbeiten auf der Basis des Rechts, auf der Grundlage von Verträgen, die es uns ermöglichen, Meinungsunterschiede, Konflikte und verschiedene Interessen auf richtige und friedliche Weise auszutragen.

Und dafür brauchen wir starke Institutionen in der Europäischen Union, allen voran ein starkes Europäisches Parlament als demokratisches Herz der Europäischen Union. Jean Monnet, einer der Gründerväter unseres gemeinsamen Europa, hat einst gesagt: "Nichts ist möglich ohne die Menschen, nichts dauerhaft ohne Institutionen."

Mit der Wahl zum Europäischen Parlament vor wenigen Wochen jährte sich zum dreißigsten Mal der Tag der ersten Direktwahl im Jahr 1979. In diesen 30 Jahren, in denen auch ich ununterbrochen dem Europäischen Parlament angehören darf, hat es eine immense Aufwertung erfahren.

Hatte das Europäische Parlament damals noch keine Gesetzgebungsbefugnisse, steht es heute als einzige direkt gewählte demokratische Institution der Europäischen Union im Zentrum einer europäischen parlamentarischen Demokratie, von der wir 1979 nur träumen konnten.

Heutzutage werden nur sehr wenige Beschlüsse in der Europäischen Union ohne ausdrückliche Zustimmung des Parlaments gefasst. Gleichgültig, ob es um die Liberalisierung des Verkehrs, die Regelung der Finanzmärkte, die Begrenzung der CO₂-Emissionen, die Festsetzung von Produktnormen oder den Verbraucherschutz geht, die Beschlüsse des Europäischen Parlaments sind nun ebenso wichtig wie diejenigen der Mitgliedstaaten bei der Festsetzung des EU-Rechts.

Mit dem Vertrag von Lissabon wird sich dieser Anteil der Mitentscheidungsbereiche auf nahezu 100 Prozent erhöhen - einschließlich der Agrar- und Fischereipolitik sowie der internationalen Handelspolitik; Bereiche, meine sehr geehrten Damen und Herren, in denen heute kein Parlament, gleich ob national oder europäisch, ein bedeutendes Mitspracherecht besitzt.

Das Europäische Parlament wird auch ein Mitentscheidungsrecht über das gesamte EU-Budget erhalten und gemeinsam mit dem Rat beschließen.

In der Tat hat unsere Tätigkeit als Mitglieder des Parlaments in den letzten Jahren die europäische Integration in vielen Fällen gestaltet und vorangebracht.

Wir haben den Prozess der Erweiterung der Europäischen Union verantwortlich gestaltet. Binnenmarkt und einheitliche Währung wären ohne frühzeitige und nachhaltige Unterstützung der Abgeordneten des Europäischen Parlaments nicht verwirklicht worden.

Mit dem Europäischen Parlament haben die Bürgerinnen und Bürger ihren Platz im Mittelpunkt der Europäischen Union. Jeder Abgeordnete im Europäischen Parlament leistet einen konkreten Beitrag dazu, die Interessen seiner Wählerinnen und Wähler und seines Landes zu vertreten.

Ein jeder von uns lebt und arbeitet in seiner Region, ein jeder von uns fühlt sich als Deutscher, aber als Europäer sind wir alle gemeinsam von denselben Herausforderungen betroffen.

Wir müssen uns mit den Herausforderungen der Globalisierung auseinandersetzen, mit der Notwendigkeit, in einer immer näher zusammenrückenden Welt unseren Platz zu behaupten, und uns den großen Fragen von Morgen wie dem Klimawandel, der Sicherheit oder einer gemeinsamen und nachhaltigen Energieversorgung zu stellen.

Als Europäer haben wir gemeinsam die Verantwortung, zusammen Lösungen für diese Herausforderungen zu finden, die kein Staat mehr alleine lösen kann.

Das Europäische Parlament hat sich - gerade auch jetzt in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise - als standfest und kompetent erwiesen, hat neue Lösungen entwickelt und durchgesetzt, hat den Bürger, seine Rechte und seine Interessen stets im Mittelpunkt seiner Aufmerksamkeit behalten.

Wir müssen diesen Weg weitergehen, und wir müssen ihn weitergehen auf dem Boden des Vertrags von Lissabon. Weil dieser Vertrag unserer Europäischen Union die richtigen und dringend benötigten Instrumente gibt, die großen Fragen und Herausforderungen der Zukunft effizient und erfolgreich anzugehen, weil das Europäische Parlament als einzig und direkt gewählte demokratische Institution der Europäischen Union gestärkt wird, weil Demokratie, Bürgernähe und Transparenz gestärkt werden und der Mensch damit in den Mittelpunkt der europäischen Politik gestellt wird.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 30. Juni diesen Jahres hat diese Auffassung nicht in Frage gestellt. In der Berichterstattung darüber wurde dies nicht immer deutlich. Ausdrücklich wurde das deutsche Zustimmungsgesetz zum Vertrag von Lissabon als verfassungskonform bestätigt. Lediglich das sogenannte Begleitgesetz, das die Verfahren zur Beteiligung von Bundestag und Bundesrat regelt, weist einige technische Fehler auf.

Ich bin zuversichtlich, dass diese in den nächsten Wochen behoben werden können und Deutschland noch vor der Bundestagswahl und damit vor dem Referendum in Irland am 2. Oktober den Vertrag von Lissabon ratifizieren wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wir brauchen diesen Vertrag von Lissabon aber auch deshalb, weil wir damit die Instrumente an die Hand bekommen, als Europäische Union auf der Weltbühne eine angemessene politische Rolle zu spielen.

Es muss uns Aufgabe und Verantwortung sein, mit unseren Nachbarn, die nicht der Europäischen Union angehören, eine Politik der guten Nachbarschaft zu entwickeln. Das gilt sowohl für den Mittelmeerraum, für Afrika als auch für unsere Nachbarn im Osten.

Gerade der Krieg zwischen Russland und Georgien im vorigen Jahr hat nur zu deutlich den Unterschied zwischen der Europäischen Union und den Umständen außerhalb und am Rande der Europäischen Union gezeigt. Und er hat etwas Anderes deutlich gezeigt: Die Europäische Union ist gereift und bereit zur Übernahme von Verantwortung für Frieden und Sicherheit außerhalb ihrer Grenzen.

Das große Engagement von Nicolas Sarkozy als damaligem Ratspräsidenten der Europäischen Union hat zu einer raschen Wiederherstellung der Waffenruhe geführt. Seither überwachen EU-Beobachter den Frieden zwischen Georgien und Russland.

Das Beispiel zeigt: Die inneren Begründungen für die europäische Einigung haben sich gewandelt. Im weltweiten Maßstab aber bleibt auch unter den neuen Bedingungen unserer heutigen Weltordnung der Einsatz für den Frieden der zentrale Auftrag an die Europäische Union.

Wenn vor dreißig oder zwanzig Jahren jemand vorhergesagt hätte, Europa würde heute eine globale Rolle bei der Suche nach Frieden und der Ausgestaltung unserer Weltordnung spielen, er oder sie wäre nicht sehr ernst genommen worden.

Dies alles dürfen wir nicht außer Acht lassen, wenn wir uns der Frage zuwenden, was die Perspektiven und Chancen für die Europäische Union sind. Denn in den vergangenen drei Jahrzehnten hat sich die europäische Einigung auf einzigartige Weise beschleunigt und konsolidiert.

Kaum jemand hätte dies zu Beginn des Weges für möglich gehalten. Die Europäische Union ist eine Erfolgsgeschichte.

Die Frage ist nicht, ob wir mit oder ohne Europäische Union leben wollen. Die Frage ist: Können wir es uns erlauben, in der Welt von heute und von morgen mit einer schwachen Europäischen Union zu leben? Nutzt es nicht uns allen, die wir in der Europäischen Union leben, wenn diese stark ist, geschlossen auftritt und gemeinsame Werte und Interessen vertritt – nach innen und nach außen?

Wir alle, in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, profitieren von dem Mehrwert, den die Europäische Union für unsere Gesellschaften und Staaten bewirkt.

Die großen Herausforderungen der vergangenen Monate liefern dafür das überzeugende Anschauungsmaterial. Drei Beispiele möchte ich nennen.

Erstens: Die Weltfinanzkrise ist zu einer Weltwirtschaftskrise ausgewachsen. Beides hatte seine Ursachen nicht in Europa. Aber Europas Volkswirtschaften sind genauso erfasst worden wie die Volkswirtschaften anderer Regionen.

Es macht keinen Sinn, mit Schadenfreude auf die USA zu blicken. Die große Bedeutung der Vereinigten Staaten für Stabilität und Dynamik der Weltwirtschaft zwingt uns zu gemeinsamen Lösungen bei den entstandenen tiefgreifenden Problemen.

Manche davon sind konjunktureller Natur. Sie sollten sich hoffentlich im Laufe einer absehbaren Zeit wieder beruhigen. Dazu gehört der Vertrauensverlust zwischen den Banken und in seiner Folge der Rückgang von Investitionen und damit verbunden die Zunahme der Arbeitslosigkeit.

Andere Faktoren sind offenbar struktureller Natur. Wir erleben auch Machtverschiebungen in den Volkswirtschaften und zwischen ihnen. Wir erleben, dass schon jetzt, inmitten der größten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten, die Weichen für spätere neue Entwicklungen gestellt werden. Wir müssen in die Zukunft investieren, ein nachhaltiges Wachstum und die langfristige Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union weltweit sichern.

Die derzeitige Krise darf keinen Anlass bieten, um von den notwendigen langfristigen Maßnahmen zur Anpassung an den Strukturwandel abzuweichen. Wir müssen uns neuen Technologien, vor allem in der Kommunikations- und Informationstechnologie zuwenden.

Krisen sind immer mit neuen Möglichkeiten und Chancen verbunden! Wir müssen diese Chancen auch nützen.

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten haben mit der raschen Bereitstellung von Bürgschaften und neuen Finanzmitteln eine wichtige Weiche gestellt, damit unsere Volkswirtschaften die tiefgreifende Krise besser überstehen und sich zugleich wieder auf einen neuen Aufbruch vorbereiten.

Die Politik kann dabei immer nur ergänzende Beiträge leisten und die Rahmenbedingungen verbessern. In einer Marktwirtschaft muss der ordnungspolitische Rahmen stimmen, er darf aber auch nicht überdehnt werden. Es wäre eine Illusion zu glauben, dass mit staatlichen oder EU-weiten Hilfsprogrammen allein die Wirtschaft Europas wieder angekurbelt und die Krise überwunden werden könnte. Aber die Europäische Union hat – wie die Mitgliedstaaten auch – Verantwortung dort wahrgenommen, wo dies dringend nötig geworden ist.

Dabei hilft die gemeinsame Währung, deren zehnten Geburtstag wir unlängst feiern konnten, entscheidend. Man stelle sich einmal vor, wie die Reaktionen auf den Ausbruch der Weltfinanzkrise ausgesehen hätten, wenn es den Euro nicht gäbe. Heute haben wir eine solide geführte, von der Politik unabhängige Europäische Zentralbank, die die richtigen zinspolitischen Weichenstellungen trifft. Wir haben eine gemeinschaftliche Geldpolitik und diskutieren, wie die Mechanismen der Wirtschaftspolitik besser darauf abgestimmt werden können.

Heute diskutiert man beispielsweise in Großbritannien wieder neu, ob ein Beitritt zur Eurozone nicht der richtige Weg für dieses große und wichtige Mitgliedsland der Europäischen Union wäre.

Am vergangenen Donnerstag hat in Stockholm das von der Finanzkrise schwer getroffene Island offiziell seinen Beitrittsantrag zur Europäischen Union eingereicht.

Ich sage beides nicht mit einem Unterton der Schadenfreude. Ich sage es, weil es zeigt, wie sehr der Euro und mit ihm die Europäische Union unterdessen zu einem Anker der Stabilität und Verlässlichkeit geworden sind.

Meine Damen und Herren,

die derzeitige Krise hat erneut gezeigt, wie verflochten unsere nationalen Wirtschafts- und Finanzmärkte in der Europäischen Union sind. Wir sind eng mit einander verbunden.

Solidarität heißt eben auch, dass sich in manchen Fällen für jeden Mitgliedstaat durchaus die Notwendigkeit ergibt, wenn grundlegende Schwierigkeiten entstehen, im gegenseitigen Interesse eine gewisse Solidarität zu zeigen.

Der Entscheidung einiger EU-Mitgliedstaaten, die Ressourcen des Internationalen Währungsfonds zu verdoppeln, bietet eine erste Antwort auf die Situation in den Ländern des mittleren und südlichen Europas. Wir begrüßen diesen ersten Schritt.

Ein zweites Beispiel des Europäischen Mehrwerts ist zweifelsohne die Frage der Energiesolidarität. Energiesolidarität ist ein Grundprinzip der Europäischen Union als Wertegemeinschaft. Kein Mitgliedsland, ob Polen, Bulgarien, die Slowakei oder Rumänien, weder die drei baltischen Republiken noch Ungarn stehen alleine, wenn ihre Gaseinfuhr aus Russland infolge russischer Politik oder infolge der Streitigkeiten zwischen Russland und der Ukraine eingeschränkt wird.

Wir müssen unsere Anstrengungen für eine gemeinsame Energiepolitik der Europäischen Union entschlossen fortsetzen.

Die Europäische Union ist massiv von der Energieeinfuhr abhängig. Die russischen Lieferungen betragen schon heute 40 Prozent der Gas-Einfuhr in die Europäische Union. Vier Fünftel dieses Gases wiederum fließen durch die Ukraine, der Rest über die nördlich verlaufende Jamal-Pipeline.

Wegen dieser Situation müssen wir unsere Energiequellen diversifizieren, Energiesparmaßnahmen voranbringen, den Ausbau regenerativer Energiequellen fördern und neue Energiequellen erschließen. Eine gemeinsame Energiepolitik und damit verbunden eine gemeinsame Energieaußenpolitik sind entscheidend für den weiteren Weg der europäischen Volkswirtschaft, die sich nach dem Vertrag von Lissabon ausdrücklich zur "Sozialen Marktwirtschaft" bekennt.

Deshalb hat sich die Europäische Union so massiv eingeschaltet, um zu einer raschen und soliden Lösung der Streitigkeiten über russische Gaslieferungen zu kommen. Russland und die Ukraine haben unsere Interessen akzeptiert.

Europäische Beobachter garantieren jetzt den verlässlichen Durchfluss von russischem Gas durch die Ukraine in die Staaten der Europäischen Union.

Wir wollen die Energiezufuhr nach Europa diversifizieren und dadurch sichern. Wir wollen zugleich gute Nachbarschaft mit allen Staaten unserer Umgebung.

Wir werden dabei aber niemals zulassen, dass gegenüber einem oder mehreren Staaten der Europäischen Union inakzeptabler Druck von Energielieferanten ausgeübt wird. Wir sprechen mit einer Stimme und diese Stimme ist auch in den jüngsten Streitigkeiten um die russischen Gaslieferungen vernehmlich gewesen und Ernst genommen worden.

Noch immer fehlen verschiedene Voraussetzungen, um von einer wirklich europäischen gemeinsamen Energiepolitik sprechen zu können, nicht zuletzt die Vollendung der notwendigen Energie-Vernetzung in der Europäischen Union. Der Schlüssel dazu war das Bewusstsein gemeinsamer Verwundbarkeit und das Bewusstsein wechselseitiger Solidarität.

Wenn dieser Kompass weiter stimmt, dann bin ich zuversichtlich, dass die gemeinsame Energie- und Energieaußenpolitik der Europäischen Union beschleunigt vorankommen und sich bewähren werden.

Ich komme zu meinem dritten Beispiel, das ebenfalls zeigt, wie viel die Europäische Union an Gemeinsamkeit, an Gewicht und an Wirkung in ihrem weltweiten Einsatz für Frieden und Menschenrechte bringt.

Die bedrückenden Bilder der letzten Monate aus dem Gaza-Streifen haben sich in unser aller Bewusstsein eingebrannt - und sind mir selbst bei meinem Besuch in der Region aufs Neue vor Augen getreten.

Als Präsident der Euro-Mediterranen Parlamentarischen Versammlung (Euromed) hatte ich den Vorsitz einer Delegation, die im Februar nach Kairo, Gaza, Ramallah, Jerusalem und Amman gereist ist, um die Situation nach dem jüngsten Krieg in Gaza zu untersuchen.

Es war mir nach dem Gaza-Konflikt ein Anliegen, mich selbst vor Ort von der Lage zu überzeugen und die Dienste der Europäischen Union und des Europäischen Parlaments für einen Weg des Dialogs, des Friedens und der ehrlichen Zusammenarbeit anzubieten.

Sie wissen: Gaza und die Westbank sind nicht irgendwo, sie liegen in unserer unmittelbaren Nachbarschaft am Mittelmeer. Ein europäischer Beitrag zum Frieden in der Region wird heute nicht nur von den Palästinensern, sondern auch von den Israelis immer stärker eingefordert.

Das Ziel dieser Delegationsreise war, sich ein Bild von der Lage nach den jüngsten Ereignissen zu machen und zur Wiederbelebung des Friedensprozesses beizutragen. Ziel ist es gewesen, die internationale Beteiligung sowie die aktive Einbeziehung der Europäischen Union und der Partnerländer aus dem arabischen Raum zu stärken.

Eine friedliche und faire Lösung des Nahost-Konfliktes ist wieder weiter entrückt denn je.

Doch wir bleiben bei unserem grundsätzlichen Standpunkt: Frieden und Sicherheit im Nahen Osten kann es nur geben auf der Basis einer international gesicherten Zwei-Staaten-Lösung. Israel muss in Frieden leben und ein palästinensischer Staat muss in lebensfähigen Grenzen entstehen. Das war stets die Grundhaltung des Europäischen Parlaments und der Europäischen Union insgesamt.

Sowohl bei meinem ersten Besuch im Gaza-Streifen im Jahr 2007 als auch bei meiner Delegationsreise im Februar diesen Jahres habe ich für eine gerechte und faire Friedensordnung geworben, die den Kreislauf von Hass und Gewalt durchbrechen kann, unter dem so viele Menschen im Nahen Osten leiden und der die Völkergemeinschaft seit Jahrzehnten bedrückt.

Die Rolle der Europäischen Union im Nahen Osten hat sich auf bemerkenswerte Weise gewandelt. Über Jahrzehnte wurden wir nicht wirklich als politischer Partner Ernst genommen. Heute ist die Europäische Union ein wesentliches Mitglied des Quartetts, in dem neben uns die USA, die UNO und Russland für eine Friedensregelung arbeiten.

Europäische Friedenstruppen haben die Grenzen zwischen Libanon und Israel nach dem Konflikt zwischen beiden Staaten 2006 zu überwachen begonnen. Heute werden wir nach Friedenstruppen gefragt, die das friedliche Nebeneinander zwischen Israel und dem Gaza-Streifen sichern sollen.

Die Erwartungen an die Europäische Union als einen gewichtigen Vermittler sind deutlich gewachsen. Wir werden uns dieser Verantwortung in den kommenden Jahren noch stärker stellen müssen als bisher.

Dies liegt im Interesse der Nahost-Region. Es liegt ebenso in unserem eigenen Interesse. Denn der viel zu häufig brennende, immer wieder verzweifelte, scheinbar ausweglose und von gefährlicher Radikalisierung, Terror und Gewalt belastete Nahe Osten ist uns sehr nahe.

Wir sind als unmittelbare Nachbarn stärker denn je an einem Ausgleich, an friedlichen Strukturen und einer wirklich fairen und gerechten Lösung des Nahost-Konfliktes dringend interessiert. Frieden und Sicherheit im Nahen Osten erhöhen Frieden und Sicherheit in und für Europa.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

blicken wir wieder zurück in unsere Europäische Union und auf die Herausforderungen, die uns hier erwarten. Herausforderungen, auf die die Europäische Union die richtige, zukunftsweisende Antwort ist und nicht, wie in manchen Ländern immer wieder zu hören ist, ein verstärkter Rückgriff auf Nationalismus oder wirtschaftlichen Protektionismus.

Deutschland und die Europäische Union sind heute mit der größten Finanz- und Wirtschaftskrise seit den dreißiger Jahre konfrontiert. Zu Recht sorgen sich die Menschen über die Wirtschaftslage, über ihre Arbeitsplätze und ihren Lebensstandard.

Die Europäische Union hat hier schnell, gemeinsam und schlagkräftig gehandelt. Kurzfristig haben wir eine weitere Verschlechterung der Lage vermieden. Gemeinsam ist es uns gelungen Vertrauen wiederherzustellen.

Erlauben Sie mir erneut herauszustreichen: Mit dem Euro als unserer gemeinsamen Währung sind wir weit besser gerüstet als wir es früher mit unseren jeweiligen nationalen Währungen waren! Der Euro sorgt für Stabilität und hat uns vor den schlimmsten Folgen der Finanzkrise bewahrt.

Nach den kurzfristigen Sicherungsmaßnahmen müssen wir jetzt als gemeinschaftliche Gesetzgeber in der Europäischen Union eine Neuordnung der Finanzmärkte in Europa und darüber hinaus erreichen.

Wir müssen verhindern, dass sich eine derartige Finanzkrise wiederholen kann und müssen daher die Reform der Finanzmärkte entschlossen angehen.

Für das Europäische Parlament ist das keine neue Forderung, denn wir haben uns bereits seit Jahren für eine bessere Aufsicht und Regulierung der Finanzmärkte ausgesprochen.

Um Vertrauen und Stabilität wiederherzustellen, brauchen wir europäische Lösungen für die Aufsicht und Regulierung der Finanzmärkte. Wir brauchen z.B. ein Kollegium der Aufsichtsbehörden nach dem Vorbild des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB). Diese Regulierung bzw. Aufsicht muss auch alle Märkte und Produkte umfassen.

Eine von dem langjährigen Präsidenten der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung Jaques de Larosière geleitete Gruppe hat Ende Februar ihren Bericht abgegeben. Er zeigt einerseits die Probleme auf, die diese Finanzkrise ausgelöst haben und gibt andererseits die Richtung für eine nachhaltige Finanzmarktaufsicht vor.

Diesen Bericht verstehen wir im Europäischen Parlament als einen ersten Schritt, auf dessen Grundlage wir weiter arbeiten müssen, um zu einer europäischen Lösung in Fragen der Aufsicht und Regulierung von Finanzmärkten zu gelangen.

Wir müssen in der Europäischen Union unsere Hausaufgaben machen, um für die Zukunft weltweit besser gerüstet zu sein. Zugleich muss es unser Anliegen sein, dass unsere europäischen Ansätze zur Reform der Finanzmärkte Maßstab auch für die internationalen diesbezüglichen Bemühungen werden.

Erlauben Sie mir zu unterstreichen: Es geht hier nicht um Überregulierung, sondern wir brauchen eine angemessene Regulierung, denn Freiheit ist immer auch mit Ordnung verbunden:

Das Prinzip des Marktes ist eben nicht mit der Zügellosigkeit unregulierter Märkte gleichzusetzen. Wir brauchen bessere Regeln und eine nachhaltige Aufsicht, Ordnungspolitik im Sinne einer Sozialen Marktwirtschaft!

Es wird ja heute gerne einer Reform des Kapitalismus das Wort geredet. Aber, meine Damen und Herren, es geht nicht um den Kapitalismus an sich. Es muss darum gehen, dass die Wirtschaft den Menschen dient - und das auf Basis des europäischen Modells der Sozialen Marktwirtschaft.

So steht es ja auch im Vertrag von Lissabon: Der Markt ist nicht mehr Selbstzweck, sondern Mittel zur Erreichung eines Europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells.

Dabei muss der Rahmen stimmen. Unser Hauptblickpunkt sollten die kleinen und mittelständischen Unternehmen sein. Nicht unbeschränkte Subventionen sind das Gebot, sondern wir müssen mit den Mitteln der Politik Impulse geben und Initiativen der Menschen ermöglichen.

Dafür braucht es die Unterstützung der Europäischen Union ebenso wie die aktive Mitarbeit aller Mitgliedstaaten. Es wäre jedoch verhängnisvoll, wenn es jetzt einen Subventionswettlauf gäbe, der wiederum die Tür zu einem nationalen Wirtschaftsprotektionismus öffnet.

In der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation ist die Versuchung eines wirtschaftlichen Protektionismus besonders groß. Doch aus unserer Geschichte und den großen Wirtschaftskrisen des 20. Jahrhunderts kennen wir nur zu gut die drastischen Auswirkungen des Alleingangs und der Abschottung der nationalen Märkte. Zusammenarbeit und Markteröffnung haben im letzten halben Jahrhundert den Erfolg und Wohlstand der EU ermöglicht.

Der Binnenmarkt ist eine der bedeutendsten Errungenschaften der EU. Er ist mit Produktivitäts- und Preisfortschritten sowie zahlreichen für die Bürgerinnen und Bürger direkt spürbaren Vorteilen verbunden.

Wir dürfen auf keinen Fall die vier Freiheiten des Binnenmarktes - freier Austausch von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital - opfern! Was wir in der Europäischen Union mit dem Euro erzielt haben, dürfen wir nicht durch die Abschottung der nationalen Märkte in Frage stellen!

Die Umsetzung des europäischen Konjunkturprogramms muss den Prinzipien des Binnenmarktes entsprechen. Genauso muss sich jede nationale Maßnahme in einen europäischen Rahmen einordnen, der wettbewerbsverträglich ist.

Unsere beste Chance liegt in der Zusammenarbeit und Koordination.

Jedes Land, auch Deutschland, hat seine Hausaufgaben zur Bewältigung der Krise zu machen. Aber erfolgreich Erneuerung schaffen und an einer nachhaltigen Zukunft arbeiten - das wird nur gemeinsam gelingen.

Wenn wir uns alle nach diesen Regeln richten, dann wird auch der Binnenmarkt eine angemessene Grundlage für den wirtschaftlichen Aufschwung bieten.

Ganz oben auf der Liste der Prioritäten steht dabei die Schaffung neuer und sicherer Arbeitsplätze. Leisten muss das die Wirtschaft, aber die notwendigen Rahmenbedingungen dafür muss die Politik ermöglichen.

Das ist für mich richtig verstandene soziale Politik für die Menschen: Denn wenn es der Wirtschaft gut geht, dann geht es auch den Menschen gut, weil sie einen Job und Sicherheit haben.

Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit sind kein Selbstzweck. Wir wollen den Wohlstand und die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union halten. Das ist soziale Marktwirtschaft, in einem gemeinsamen Markt, für den die soziale und umweltpolitische Verantwortung einen hohen Stellenwert besitzt.

Meine Damen und Herren,

Dies bringt mich zu meinem nächsten Punkt, der Bekämpfung des Klimawandels als dringendes Gebot unserer Gesellschaft. Wir haben es in der Europäischen Union erreicht, einen dauerhaften Frieden zwischen unseren Ländern zu schaffen, jetzt müssen wir den Frieden mit der Schöpfung wieder gewinnen.

Zu einer erfolgreichen Bekämpfung des Klimawandels bleibt uns jedoch nicht mehr viel Zeit. Wie uns Experten sagen, haben wir sieben bis acht Jahre, um die schlimmsten Folgen des Klimawandels abwenden zu können.

Als Europäische Union haben wir weltweit die Führungsrolle bei dieser Aufgabe übernommen. Das Europäische Parlament hat seine Verantwortung wahrgenommen und seinen Teil dazu beigetragen, ein umfangreiches und weitreichendes Maßnahmenpaket in kurzer Zeit zu beschließen.

Wir können und werden die Last aber nicht alleine tragen und müssen daher jetzt den Weg zu einem globalen und bindenden Abkommen in Kopenhagen im Dezember 2009 ebnen.

Unsere Partner weltweit, nicht nur die USA, sondern auch China oder Indien müssen an Bord kommen, wenn es gelingen soll, gemeinsam erfolgreich zu sein. Der klare Wille des neuen amerikanischen Präsidenten Barack Obama zur Bekämpfung des Klimawandels ist ein hoffnungsvolles Zeichen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

vor uns liegen also eine Reihe großer Herausforderungen, die ohne mehr europäische Zusammenarbeit und ohne eine starke Positionierung der Europäischen Union in der Welt nicht lösbar sind.

Wie soll, wie kann sich die Europäische Union an die Zukunft anpassen? Die Beantwortung dieser Frage wird über unseren politischen Einfluss und unser wirtschaftliches Gewicht in der Welt entscheiden.

Europäische Integration ist heute mehr als nur die Bewahrung des Friedens in Europa. Sie ist eine Notwendigkeit zur Selbstbehauptung des europäischen Kontinents im Zeitalter der Globalisierung geworden.

Jeglicher Erfolg in der Positionierung der Europäischen Union in der Welt kann und wird sich jedoch nur in der Beharrung unserer gemeinsamen Werte einstellen. Diese Werte, die unsere Politik in der Europäischen bestimmen, entscheiden auch über die Zukunft unserer europäischen Gemeinschaft.

Meine Damen und Herren,

wir haben allen Grund zur Zuversicht. Diese Europäische Union ist stark, auch und vielleicht sogar trotz aller Krisen, die wir durchleben mussten und heute noch durchlaufen.

Es ist wichtig, dass wir auf diesem gemeinsamen Weg weiter gehen und der Einigung unseres Kontinents in Frieden, auf Basis unserer gemeinsamen Werte und in der Förderung von Wohlstand und Sicherheit dienen. Dabei dürfen wir aber nicht vergessen, dass Europa nicht in Straßburg oder in Brüssel beginnt.

Europa beginnt dort, wo wir zu Hause sind, wo wir leben, wo unsere Heimat ist, wo unser Herz ist. Darüber hinaus haben wir eine regionale Identität.

Dann sind wir Deutsche und die deutsche Staatsangehörigkeit vermittelt uns die europäische Unionsbürgerschaft. Wir sind Europäer und tragen eine Verantwortung für die Welt.

Meine Damen und Herren, wir haben vieles erreicht, aber wir sind noch nicht am Ziel. Die Europäische Union ist eine historisch einmalige Erfolgsgeschichte, für unser Land ebenso wie für die anderen 26 Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Der Frieden war die Begründung für die Einigung unseres Kontinents. Die gemeinsamen Werte bilden das Fundament. Und die Einigkeit in der Auffassung, dass das Recht die Macht – und nicht die Macht das Recht hat, das ist unsere Erfahrung und unser Auftrag für das 21. Jahrhundert.

Bleiben wir entschlossen, diesen Weg weiterzugehen.

Vielen Dank.